„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.

Der Bezugspreis für die an jedem Mittwoch erscheinende Ausgabe von 12 bis 24 Seiten beträgt jährlich $2.50 bei Vorausbezahlung. Versandpreis nach dem Auslande $3.50.

Man schreibe an den „Courier", 1835 Halifax Str., Regina, Sask., oder komme persönlich in unsere Geschäftsräume und Druckerei: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.

Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen

Anzeigen haben den größten Erfolg. Nachweislich 19,407 Leser.

Anzeigenraten auf Verlangen mitgeteilt.

# Der Courier

Organ der deutsch sprechenden Canadier

"THE COURIER"
IS THE LEADING CANADIAN PAPER IN THE GERMAN LANGUAGE.

Subscription price for the regular issue of from 12 to 24 pages, appearing every Wednesday, $2.50 yearly in advance only.

Address: "The Courier", 1835 Halifax Str., Regina, Sask., or call at our office and printing plant, 1835-1837 Halifax St. Regina, Sask.

"Ads" are always successful, as "The Courier" is by far the best medium to reach the many thousands of prosperous German-Canadians in cities and country districts throughout the Canadian West.

German-speaking farmers are progressive and possess an enormous buying power. You want this trade! Advertise in "The Courier". Sworn Circulation 19,407 paying Subscribers. Advertising rates on application.

16. Jahrgang | 12 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 29. November 1922 | 12 Seiten | Nummer 4

## St. Boniface College in Winnipeg niedergebrannt

### Zehn Tote und Vermißte, viele Verwundete und großer Sachschaden

Am Sonnabend Morgen ging das St. Boniface College in Winnipeg, das den Jesuiten Patres gehörte und von ihnen geleitet wurde, in Flammen auf. Der finanzielle Verlust soll sich auf ungefähr 600,000 Dollars belaufen. Zehn der Studenten sollen ihr Leben bei dem Feuer eingebüßt haben und eine Anzahl wurde mehr oder minder schwer verletzt. Unter den Verletzten befinden sich auch zwei Söhne der Familie F. X. Kusch von Regina, nämlich Wilfried und Leonard, sowie Frank Gerein von Bibank, Sask. Wie wir hören, sind die Söhne des Herrn Kusch zum Glück nicht gefährlich verletzt, wenn die Verletzungen auch schmerzlicher Natur sind, und hoffen wir, daß sie bald zu voller Gesundheit wieder hergestellt sein werden. Sie befinden sich jetzt im Hospital zu St. Boniface, wohin alle Verletzten gebracht worden sind. Während man die verkohlten Ueberreste von zwei Studenten in den Ruinen gefunden hat, werden die folgenden noch vermißt und muß wohl angenommen werden, daß sie Opfer der Feuersbrunst geworden sind: Rev. Brother Stormont, Lawrence Legree, Wm. A. Taylor, J. A. McGlynn, Leopold Tremblay, Henri Pelissier, alle von Winnipeg; L. Bouvrier von Eli, Man., Oliva La Fleche von St. Charles, Man., und Joseph Gilbert von Mariapolis, Man.

Man weiß heute noch nicht, wie das Feuer entstanden ist und der Rektor des College, Rev. Father H. Bourque, erklärte, daß er um ungefähr 2 Uhr in der Nacht von einem lauten Geräusch wie einer Explosion geweckt worden sei. Als er aus seinem Schlafraum auf den Hauptflur des Gebäudes trat, stand der östliche Teil des Gebäudes bereits in Flammen und war voll von Rauch, sodaß er nicht imstande war, ans Telephon im Vestibül zu kommen und war er gezwungen, die Schlafenden mit Hilfe einer Handglocke und elektrischen Glocken zu wecken. Die übrigen Mitglieder des Lehrerkollegiums folgten ihm sofort und taten ihr Bestes, die Schlafenden so schnell als möglich zu wecken und aus dem brennenden Gebäude zu bringen.

Die Geistlichen taten in heroischer Weise ihr Bestes, um Alle zu retten und wenn das Unglück nicht ohne Verlust kostbarer Menschenleben geblieben ist, so scheint das nach den bisher vorliegenden Nachrichten an einem gewissen Versagen der Feuerwehr zu liegen. Nach allen Berichten waren die Leiter nicht lang genug und waren viele gezwungen, aus dem vierten Stockwerk herabzuspringen, um sich vor den Flammen zu retten, soweit sie nicht im Stande waren, nach der Feuertreppe an der Südseite des Gebäudes zu gelangen. Man hatte eine Art Sprungnetz aus Decken und derartigem improvisiert und die aus dem oberen Stockwerk herabsprangen, kamen meistens mit geringen Verletzungen davon.

Die Feuerwehr von St. Boniface erhielt den Feueralarm ungefähr eine halbe Stunde, nachdem das Feuer im College entdeckt war und da das ganze große vierstöckige Gebäude bereits in hellen Flammen stand, war es von vornherein ausgeschlossen, das Institut zu retten und konnte nichts anderes getan werden, als die Insassen aus den Flammen herausbringen. Jetzt zeigte es sich, daß die Leitern nicht lang genug waren, um ins obere Stockwerk zu reichen, da die langen Rettungsleitern nicht mitgebracht worden waren, weil der Wagen für diese vor einigen Tagen bei einem Unfall total zerstört worden war. Erst als die Winnipegger Feuerbrigade mit ihren langen Leitern kam, konnte man die Letzten im oberen Stock retten. Leider waren bis dahin schon viele herabgesprungen und hatten sich Verletzungen dabei zugezogen.

Das St. Boniface College war das älteste Erziehungs-Institut im canadischen Westen und datierte zurück bis zum Jahre 1818, als Rev. Pater Provencher, der später zum ersten Bischof von St. Boniface ernannt wurde, nach der Red River Ansiedlung kam und dort eine Schule in einer Hütte eröffnete. Einige Jahrzehnte später wurde das erste College Gebäude errichtet und bald darauf das Gebäude, das am Sonnabend den Flammen zum Opfer fiel. Es war ein großes, schönes, vierstöckiges Gebäude, ausgestattet mit allen modernen Einrichtungen und Verbesserungen. Im Jahre 1885 wurde die Direktion den Patres der Gesellschaft Jesu übergeben, die die Leitung auch jetzt noch in Händen haben. Das College ist mit der Universität von Manitoba affiliiert.

Neben dem Verlust an Menschenleben ist noch besonders zu bedauern, daß die Bibliothek auch vollkommen mitverbrannte. Viele Akten und wichtige geschichtliche Werke und Aufzeichnungen, die unersetzlich sind, sind mit dem Gebäude ein Raub der gierigen Flammen geworden.

Rev. Father Filion, Superior-General des Ordens der Jesuiten in Canada, erklärte, daß die Katastrophe in St. Boniface die schlimmste sei, die der Orden in seiner langen und segensreichen Geschichte in Canada zu verzeichnen habe. Er machte weiter bekannt, daß sofort eine Konferenz einberufen werden würde, um die Pläne für den Wiederaufbau und die Weiterführung des Instituts zu beraten.

## Erskine Childers hingerichtet

Dublin, 28. Nov. — Erskine Childers, einer der Hauptanhänger von Eammon de Valera, wurde heute früh hingerichtet, weil ein automatischer Revolver in seinem Besitz gefunden worden war. Childers erschien unter dieser Beschuldigung am 17. November vor einem Militärgericht in Dublin. Der Prozeß dauerte zwei Tage. Der Angeklagte, der 52 Jahre alt war, stellte durch seinen Anwalt den Antrag auf einen Habeas Corpus Befehl, der verworfen wurde. Er wandte sich an das Berufungsgericht für das südliche Irland.

## Sozialisten zeigen Macht

Berlin, 28. Nov. — Dr. Hermann Müller, der Ackerbauminister der neuen Regierung, hat seine Stellung niedergelegt. Er trat nach Angriffen zurück, welche die Sozialisten im Reichstag auf den Minister machten. Sie warfen ihm vor, daß er sich im Jahre 1919 an der Lostrennungsbewegung im Rheinland aktiv beteiligt habe.

In seiner Jungfernrede vor dem Reichstag sandte Kanzler Cuno folgende Botschaft durch Europa und über das Atlantische Meer, um Clemenceaus Spuren zu folgen: Wir wünschen, daß die Welt unsere Ehrlichkeit und unsere Aufrichtigkeit versteht und anerkennt. Europa kann von seinen Kriegswunden nur genesen, wenn sich alle Länder entschließen, als friedfertige Nachbarn zu leben.

Der Kanzler, im Namen der neuen Regierung sprechend, befürwortete ein Moratorium an der Settle von Ultimatums.

Berlin, 28. Nov. — Der Reichstag nahm den Antrag der Demokraten an, welcher die von der Regierung angekündigte Politik billigt. Alle Parteien stimmten für den Antrag mit Ausnahme der Kommunisten und von drei Mitgliedern der antisemitischen Partei.

## Wenig Aenderung in Gutmachungspolitik erwartet

Paris, 28. Nov. — Das britische Mitglied der Gutmachungskommission, Sir John Bradburn, ist nach London abgereist, um die Haltung der neuen Regierung in Sachen der Gutmachung definitiv festzustellen. Allen Anzeichen nach dürfte wenig Abweichung von der vom Lloyd George Ministerium verfolgten Politik zu erwarten sein.

Wie in britischen Kreisen verlautet, hat die englische Regierung der Abhaltung der Gutmachung und der interalliierten Schulden ihre endgültige Zustimmung noch nicht gegeben. Diese Entscheidung dürfte vielmehr von der Konferenz zwischen den Premiers Bonar Law und Poincare abhängen, die während der nächsten zehn Tage stattfinden soll.

Der französische Premier wird in Paris die Brüsseler Tagung mit Premier Theunis und Auslandsminister Jaspar von Belgien besprechen, worauf sich dann die belgischen Staatsmänner nach London zu begeben beabsichtigen, um über die gleiche Angelegenheit mit Premier Bonar Law zu verhandeln. Dann erst wird nach den derzeitigen Plänen die Zusammenkunft zwischen Bonar Law und Poincare in die Wege geleitet werden, und deren Konversationen werden sodann endgültig über das Schicksal der Brüsseler Konferenz entscheiden.

Die britische Regierung wünscht gewisse Versicherungen, daß die Konferenz von Erfolg begleitet sein wird, ehe sie sich endgültig zu deren Abhaltung versteht, während auf der anderen Seite die Franzosen ihren ganzen Einfluß aufbieten, nur, um die Tagung überhaupt zustande zu bringen.

## Kein Stimmrecht für Frankreichs Frauen

**Senat weigert sich, in Besprechung der Vorlage einzutreten.**

Paris, 28. Nov. — Die Frauenstimmrechtsfrage wurde heute im Senat für getaume Zeit abgetan. Nachdem die Vorlage zuerst auf die Tagesordnung gesetzt worden, beschloß der Senat mit 134 Stimmen, nicht in deren Beratung einzutreten.

Während der Debatte wurde von einigen Senatoren erklärt, „der bittere Kelch der Politik sollte an den Frauen vorübergehen". Von der anderen Seite wurden die Worte des Präsidenten Harding angezogen, die Mitarbeit des weiblichen Geschlechts in der Politik sei unerläßlich.

Nach Bekanntgabe des Resultats der Abstimmung erhob sich die französische Frauenrechtlerin Marie Verone, ein weiblicher Anwalt, in der Galerie und rief: „Trotz all dem lebe die französische Republik!"

**Sonnino in Rom gestorben.**

Rom, 28. Nov. — Baron Sonnino, zweimal Premierminister und auch Auslandminister während des Weltkrieges, ist gestorben. Sonnino, der „schweigende Staatsmann von Italien", war kein Freund vom Reden, obwohl er in fünf Sprachen geläufig sprechen konnte. Er war in den Jahren 1906 und 1910 Premierminister. Von 1914 bis 1919 war er Minister des Auswärtigen und fungierte auch als Finanzminister.

## Ismet Pascha wird überwacht

**Innerhalb der türkischen Delegation ist ein stiller Kampf.**

Lausanne, 28. Nov. — Nur wenige Leute bemerken das stille Drama, das täglich in den Reihen der türkischen Abordnung für die Orientkonferenz gespielt wird. Die meisten europäischen Delegierten sind überzeugt, daß der Führer der türkischen Abordnung aufrichtig einen vernünftigen Frieden erstrebt. Er weiß, daß die Türkei Ruhe und friedliche Beziehungen mit Europa braucht und voll allem Kapital zur Entwicklung des Landes, denn die Türkei ist arm an Geld. Verschiedene Kollegen von Ismet, die sich im Hintergrund halten, verfolgen jeden seiner Schritte. Diese stillen Beobachter vertreten entweder das Bolschewikielement in der Türkei oder es sind ausgesprochene Reaktionäre, welche jedes Zugeständnis an das nicht-mohammedanische Europa hassen.

In Konferenzkreisen vergleicht man diese Leute mit den Kommissaren der französischen Revolution, welche die Revolutionsführer wie Robespierre und Danton beobachten und solch verhängnisvolle Macht besaßen. Die gewissen französischen Kommissare hatten die Guillotine als ihre Waffe. Die türkische Waffe ist nicht bekannt, aber manche Beobachter glauben, daß Ismet bei den Verhandlungen mit dem kapitalistischen und christlichen Europa und Amerika äußerst vorsichtig sein muß. Verschiedene europäische Delegierte fürchten, daß die einflußreichen Männer hinter der Szene Ismet zu Forderungen zwingen werden, die nicht angenommen werden können.

**Erste Vereinbarung.**

Die Konferenz kam zu ihrer ersten offenen Vereinbarung. Kommission Nummer 1 einigte sich auf Errichtung einer demilitarisierten Zone von 50 Kilometern auf beiden Seiten der türkischen Grenze vom Schwarzen bis zum Aegäischen Meer. Bulgarien erhält einen Zugang zu den letzteren Gewässern.

**Amerikanischer Beobachter spricht.**

Richard W. Child, der amerikanische Botschafter in Rom und als amerikanischer Beobachter in der Konferenz, teilte mit, daß die Ver. Staaten bei allen Gebietsregelungen auf der Politik der offenen Türe und Handelsgleichheit bestehen.

## Letzte Nachrichten

**New York. — Das englische Geld, das Pfund Sterling, wurde heute zum ersten Male seit Ende des Krieges wieder zum Pariwerte quotiert.**

**Dublin. — Frl. Mary McSwiney, welche am 4. November von nationalistischen Truppen gefangen genommen und seitdem im Gefängnis sich dem Hungerstreik unterwarf, wurde gestern wieder freigelassen.**

**London. — Nach der Hinrichtung Erskine Childers, eines Führers der irischen Republikaner, glaubt man, daß die Republikaner noch desperater werden und der Führer der Freistaatler sagte, daß man die Aufrührer mit eiserner Hand behandeln müsse, wollte man Ruhe und gedeihliche Entwicklung Irlands herbeiführen.**

**Ottawa. — Der Minister für Immigration und Kolonisation erklärte heute, daß die Regierung entschlossen sei, eine energische Einwanderungspolitik zu betreiben. Man werde sich zunächst in der Hauptsache beschränken auf die Vereinigten Staaten und Großbritannien und dann nach und nach auf den europäischen Kontinent übergehen. Besonderes Gewicht legte er auch auf die Herüberbringung von Tausenden von britischen Waisenkindern.**

**Berlin. — Der neue Reichskanzler Dr. Cuno hielt seine Programmrede im Reichstag. Er sagte, der Grundsatz seiner Regierungspolitik sei: „Zuerst Brot und dann die Wiedergutmachung." Weiter benötige Deutschland ein Moratorium von 3 bis 4 Jahren und eine Auslandanleihe.**

**Paris. — Premier Poincare erklärte heute, daß das französische Volk sich einmütig um die Regierung scharen müsse wie zur Zeit des Krieges, denn es ständen wichtige Ereignisse bevor. „Ehe das Jahr zu Ende geht, werden Frankreich und seine Alliierten sich sehr schweren Problemen in auswärtigen Angelegenheiten gegenüber sehen, von welchem unsere Zukunft abhängen wird."**

Courier-Kalender

(Der Deutsch-Canadische Hausfreund)
für das Jahr 1923
erscheint nächste Woche

Unser Kalender für 1923 ist besser und reichhaltiger als je zuvor. Wir haben besondere Sorgfalt auf gediegenen Lesestoff gelegt und ist der Kalender so recht dazu angetan, ein Plätzchen in jedem deutsch-canadischen Heim als Hausfreund zu finden.

Bestellen Sie sofort!
Preis 50c
Tüchtige Agenten überall gesucht.

Sask. Courier Pub. Co. Ltd.
1835 Halifax Str., Regina, Sask.

## Sir John Foster über Gutmachung

**Tritt für vernünftige Reduzierung der deutschen Gutmachungen, größere auswärtige Anleihe und längeres Moratorium an Deutschland ein**

Daß die Alliierten von Deutschland nichts mehr erhalten würden, wenn Frankreich nicht Vernunft annehme und in eine Reduzierung der deutschen Gutmachungen auf ein vernünftiges Maß willige, erklärte Sir George Foster, der frühere canadische Handelsminister, welcher während der letzten sechs Monate die europäische Finanz- und Wirtschaftslage an Ort und Stelle gründlich studiert hat.

Sir George, der von Lady Foster begleitet war, sprach sich zuerst über die allgemeine Lage Deutschland aus und betonte dabei das bittere Leiden des deutschen Mittelstandes, der zwischen der arbeitenden und der allerdings nicht mehr zahlreichen Klasse der noch Wohlhabenden Deutschlands aufgerieben werde, um dann fortzufahren:

„Zweifellos wird dieser Winter für Deutschland sehr schlimme Zeiten, Hungerkravalle und Unruhen bringen. Meiner Ansicht nach wird es für Deutschland, und damit für Europa, keine Ruhe und keine wirkliche wirtschaftliche Wiederaufrichtung geben, wenn die von Deutschland verlangten Gutmachungen nicht auf ein vernünftiges Maß, also auf einen Betrag reduziert werden, den Deutschland bezahlen kann. Jetzt kann Deutschland garnichts bezahlen, denn es hat nichts mehr und die Alliierten werden von ihm keinen Pfennig (not a red copper-penny, sagte Sir George) mehr erhalten, wenn Frankreich nicht Vernunft annimmt und sich mit dem Möglichen begnügt.

„Was von Deutschland jetzt verlangt wird, kann es unter keinen Umständen bezahlen, hätte es auch niemals bezahlen können, selbst wenn es keinen nahezu fünfjährigen Krieg verloren hätte. Um Deutschland wirtschaftlich und finanziell wieder auf die Beine zu bringen, müßen zuerst die von ihm verlangten Gutmachungen bedeutend reduziert werden und dann muß es ein Moratorium von mindestens drei oder vier Jahren erhalten und eine größere auswärtige Anleihe. Ueber die Höhe der letzteren gehen die Ansichten der Sachverständigen weit auseinander; ich schätze sie, wenn eine dauernde und ausreichende Stabilisierung der deutschen Mark erreicht werden soll, auf mindestens 500 Millionen Pfund Sterling.

„Wenn dann Deutschland hart weiter arbeitet, wie es das bisher getan hat, wenn es an Steuern erhält, was möglich ist, und seine Ausgaben auf das geringste Maß reduziert, wird es meiner Ansicht nach imstande sein, sein Budget zu balancieren und mit der seine ganze Wirtschaft zerrüttenden Verausgabung von Papiermark aufzuhören, wenigstens ist Hoffnung dafür vorhanden, daß das erreicht werden kann.

„Frankreich ist heute tatsächlich die einzige militärische und imperialistische Nation in Europa. Von seinem Standpunkt aus mag es Recht haben, daß es Deutschland nicht wieder erstarken lassen will, aber dabei wird Europa zu Grunde gehen. Und sicherlich kann Frankreich nicht behaupten, daß es heute und für absehbare Zeit etwas von Deutschland zu fürchten habe. Meiner Ansicht nach wäre es gut, wenn England und Amerika Frankreich Schutz gegen einen etwaigen Angriff Deutschlands zusagen würden, denn das würde die ganze Frage bedeutend vereinfachen und würde auch keine Drohung für ein wirklich friedfertiges Deutschland erhalten. Aber wenn ich nicht sehr irre, ist die Zeit dazu vorüber, in England wenigstens herrscht keine Stimmung mehr dafür.

„Der Reduktion der deutschen Gutmachungen brauchte nicht notwendiger Weise eine Revision des Versailler Friedensvertrags vorauszugehen. Die alliierte Gutmachungs-Kommission ist mit dem nötigen Vollmachten ausgerüstet, um diese Reduktion vornehmen zu können, es handelt sich hauptsächlich nur um Frankreichs Zustimmung. Und Frankreich wird und muß über kurz oder lang seine Zustimmung geben, wenn Europa eine Wiederaufrichtung Deutschlands Europas Ruin vermeiden werden soll, den Frankreich sicherlich zum geringsten Teile am eigenen Leibe verspüren würde."

**Oesterreichs Lage bessert sich.**

Dann kam Sir George auf Oesterreich zu sprechen, dem er ein günstigeres Prognostikon stellte, als Deutschland. Oesterreich hatte eine Anleihe von 15 Millionen Pfund Sterling erlangt, an der sich neben England auch Tschecho-Slowakien und neutrale Nationen beteiligt hätten. Die Bedingungen für die Anleihe lauteten, daß Oesterreich sich an die Arbeit mache, Steuern einnehme und sein Budget balanciere und es stehe zu hoffen, daß das Land in einem Zeitraum von wenigen Jahren sich wieder auf dem Wege zum Aufstieg befinden werde, wenn auch vorläufig die Not in Oesterreich, und besonders in Wien, noch sehr groß sei.

## Clemenceau, Frankreichs Kriegspremier, auch „Tiger" genannt, in Amerika

Frankreichs Premierminister zur Zeit der letzten Jahre des Weltkrieges, der mit leidenschaftlichem Feuer die gänzliche Zerstörung Deutschlands wollte und immer von neuem die Kriegslust der Franzosen mit seinem blutgierigen Haß aufzureizen wußte und sich den Namen des französischen „Tigers" verdiente, weilt zur Zeit in den Ver. Staaten, wo er Hetzrede über Hetzrede hält, um den abflauenden Deutschenhaß wieder neu zu beleben. Er hat vor großem Publikum in New York, Boston und anderen Städten gesprochen und sein Bestes getan, die Deutschen schlecht zu machen und sie als die immer und ewig Bösen, als die alleinigen Kriegsmacher und Menschenfeinde hinzustellen. Er fährt in diesem alles weniger als löblichen Bemühen noch stetig fort, obgleich ihm von verschiedenen Seiten bedeutet wurde, daß seine Hetzpropaganda nicht in Amerika erwünscht ist. Er ist eben ein verbissener, wildgewordener Tiger, der nichts als Haß und Blut kennt.

Wenn es auch als sicher anzunehmen ist, daß Clemenceau, und die Franzosen überhaupt, noch sehr viele Freunde unter den Großen wie Kleinen im Volk der Ver. Staaten hat, so ist doch auch als sicher hinzustellen, daß Clemenceau die Zahl seiner Freunde auf dieser Tour nicht vermehrt, sondern sie wohl stetig verkleinert. Er wirft den Amerikanern vor, daß sie Frankreich nach dem Kriege im Stich gelassen haben und fordert von ihnen Hilfe gegen das böse, ach so böse, Deutschland. Von Dankbarkeit gegen Amerika, das doch die Franzosen aus dem Dreck gerissen, hat er bis jetzt nichts von sich hören lassen, sondern er stellt immer noch unverschämte Forderungen an die „Yankees" und das ist der richtige Weg, sich bei den Amerikanern die Freundschaft zu verderben; das werden Clemenceau und seine Hintermänner sehr bald zu ihrem Leidwesen erfahren.

Die folgenden Nachrichten aus Washington und anderen Staaten Amerikas zeigen deutlich genug, daß manche der besten Amerikaner nichts für Clemenceau und seine Gesinnungsgenossen übrig haben.

**Ver. Staaten an Europas Not schuld, sagt „Tiger"**

New York, 28. Nov. — Der „Tiger", der mit seiner Hetzrede im hiesigen Opernhause Blut geleckt zu haben schien, trat gestern noch frecher auf und erkühnte sich, die Ver. Staaten für all das Elend verantwortlich zu machen, unter dem Europa seufzt. In einer Rede, die er in der Handelskammer hielt, wagte er die Behauptung, Amerika habe Frankreich nach dem Kriege „im Dreck" stecken lassen.

**„Tiger" erhält Drohbrief.**

Clemenceaus Sekretär machte bekannt, der Tiger habe einen Drohbrief mit der Post empfangen. Der Brief lautet: „Wagen Sie es nicht, viel über

(Fortsetzung auf Seite 6.)

## Rückgabe unserer Ländereien

**Konferenz in Ottawa vorläufig zu Ende**

Premierminister Dunning kam dieser Tage von Ottawa wieder zurück, wo er zusammen mit seinen Kollegen von Manitoba und Alberta mit Premier W. L. Mackenzie King längere Verhandlungen hatte über die Rückgabe der Ländereien und anderer Hilfsquellen an die westlichen Provinzen. Wie unsere Leser wohl wissen, ist die Dominion-Regierung in tatsächlichem Besitz der freien Ländereien, der Wälder und Mineralien in diesen Provinzen, wofür wir eine jährliche Unterstützungs- resp. Entschädigungssumme von Ottawa erhalten. Für Saskatchewan beläuft sich diese Entschädigungssumme jetzt auf über eine halbe Million Dollars pro Jahr und steigt mit der Zunahme der Bevölkerung, bis die Höchstsumme von 1¼ Million Dollars erreicht sein wird, welche Summe dann für immer gezahlt werden muß. Dieses ganze Arrangement ist oft schon abfällig kritisiert worden, sowohl vom Standpunkt der Provinzen aus, als auch vom Standpunkt der Dominion-Regierung. Der Hauptgrund, weswegen es geändert und abgeschafft werden sollte, ist der, daß wir als Stiefkinder behandelt werden — als Rechtlose im eigenen Lande, als Unmündige, denen man einen Sachverwalter geben muß.

Es mag ja wohl sein, daß im Jahre 1905, als die Provinzen Saskatchewan und Alberta ins Leben traten, die Verhältnisse derartige waren, daß die Uebergabe der natürlichen Hilfsquellen an Ottawa gegen eine jährliche Entschädigungssumme das für die damalige Zeit günstigste war. Auf jeden Fall war damals die Mehrheit der Wähler dieser Ansicht und nahm das Arrangement an. Heute aber ist die öffentliche Meinung anderer Ansicht und verlangt Rückgabe der Ländereien, Wälder, Mineralien usw. an die Provinz. Wir glauben heute, daß wir besser imstande sind als Ottawa, unsere Güter zu verwalten und sie sozusagen selbst zu bearbeiten.

Ottawa wäre auch bereit, die öffentlichen Besitzungen und Hilfsquellen zurückzugeben, aber mit einer bloßen Rückgabe sind wir heute nicht mehr zufrieden. In den fast zwei Jahrzehnten der Verwaltung durch Ottawa sind viele unserer Hilfsquellen verschachert und verschleudert worden und die Verwaltung hat sich dabei nicht einmal bezahlt gemacht. Ob das nun an schlechter Organisation, unehrlicher Verwaltung oder an der allgemeinen wirtschaftlichen Depression liegt, bleibe dahingestellt. Tatsache ist, daß die Dominion-Regierung ein stetiges Defizit mit der Verwaltung unserer Hilfsquellen aufweist. So wäre Ottawa wohl geneigt, uns unsere natürlichen Hilfsquellen glatt zurückzugeben — wenn die Provinzen damit einverstanden sind, daß alle Entschädigungszahlungen nach drei Jahren hinfällig sind und daß die Provinzen die bestehenden Schulden der Verwaltung übernehmen. Aber mit diesem Vorschlag sind die Provinzen nicht einverstanden.

Wir wollen unsere natürlichen Hilfsquellen zurück und wollen eine mäßige Entschädigungssumme für lange Jahre als Entgelt für die gewaltigen Ländereien, Wald- und Minenrechte, die von Ottawa in den letzten Jahrzehnten weggegeben oder verschleudert worden sind. Und damit ist Ottawa heute noch nicht einverstanden. Ottawa hat eine Offerte gemacht und die Provinzen haben ein Gegen-Anerbieten vorgeschlagen. — Darüber hat man nun verhandelt, ohne zu einem bestimmten Resultat gekommen zu sein. Immerhin haben die Konferenzen und Verhandlungen das Gute gehabt, daß man nun weiß, wie man auf beiden Seiten steht und daß man auf Grund der beiderseitigen Stellungnahme weiter verhandeln kann. Es ist eine wichtige und große Sache, die Zeit und Ueberlegung zur endgültigen Klärung und Entscheidung benötigt. Premier Dunning ließ sich bei seiner Rückkehr ungefähr wie folgt aus:

„Wenn wir auch noch keine Entscheidung gefunden haben in dieser Frage, so nähert sich das ganze Problem doch der vollen Klarstellung von beiden Seiten. Die Leute im Osten kommen nach und nach zu der Ueberzeugung, daß die Verwaltung der natürlichen Hilfsquellen von der Föderal-Regierung einen jährlich steigenden Verlust bedeutet. Neben dem Defizit kommt eine stetig zunehmende Entschädigungssumme, die bis auf $1,125,000 steigt. Ottawa will uns die Hilfsquellen, die noch übrig sind, zurückgeben, wenn wir das Defizit übernehmen und eine dreijährige Entschädigungssumme als Abfindung annehmen. Aber damit sind wir nicht einverstanden, denn das würde höhere Steuern für unser Volk bedeuten. Die Provinz will die Hilfsquellen zurück haben — aber unter besseren Bedingungen. Wir sind der Ansicht, daß wir mehr als diesen Liegenschaften und wirtschaftlichen Hilfsquellen machen können, als die Dominion-Regierung getan hat. Ich glaube auch, daß die Zeit kommt, wo wir die Ländereien zurückbekommen und eine jährliche Entschädigungszahlung dazu bekommen für die bereits entäußerten großen Liegenschaften, Ländereien, Wälder usw. So liegen die Sachen heute und wenn die Leute im Osten unsern Standpunkt als recht und billig ansehen werden, kann eine endgiltige Lösung des Problems eintreten."

So wird es denn wohl weitere Konferenzen und Verhandlungen geben, bis die Sache endlich schiedlich, friedlich zu aller Zufriedenheit entschieden wird. Denn eine Entscheidung muß kommen, da die öffentliche Meinung im Westen nicht mehr zur Ruhe kommt, bis eine Lösung gefunden ist.

Inhaltsverzeichnis

S. 1—Neueste und letzte Nachrichten aus aller Welt.
S. 2—Kriegsrelikt. — Weltumschau. — Gesetzlichkeit.
S. 3—Für unsere Farmer. — Deutschlands Zusammenbruch und Amerika. — Kampfansage der Deutschen an die Tschechen-Regierung.
S. 4—Regina-Nachrichten. — Marktberichte.
S. 5—Aus canad. Provinzen. — Anzeigen.
S. 6—Frauenwelt. — Für die Kinder.
S. 7—Roman: „Die Sünden der Väter".
S. 8—Regina Nachrichten. — Anzeigen.
S. 9—Aus Alberta. — Die Mennoniten im Süd-Rußland.
Für Katholiken: Katholischer Nachrichten.
S. 10—Mitteilungen unserer Leser.
S. 11—Kleiner Anzeiger.
S. 12—Deutsch-Canadisches Stiftwerk.